



Ein Kreuz erinnert an das Gulag-Lager von Mordovia 370 Kilometer östlich von Moskau, wo viele bei Zwangsarbeit ihr Leben liessen.

LAURA MILLS / AP

Jedes Körnchen Wahrheit ist ein Trost

Im sowjetischen 20. Jahrhundert wurden die Russen durch den Fleischwolf der Geschichte gedreht. Die Menschenrechtsorganisation Memorial suchte zu rekonstruieren, was zu rekonstruieren ist. Nun wurde sie verboten. Gastkommentar von Ulrich M. Schmid

Am 28. Dezember hat das russische Oberste Gericht in einem politisch motivierten Urteil die Menschenrechtsorganisation Memorial aufgelöst. Dieser Entscheid fiel erst nach zweimaliger Vertagung – man legte die Verkündung des Urteils auf die ruhige Zeit am Jahresende, in der die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit ohnehin gemindert ist. Memorial wurde während der Perestroika-Zeit gegründet und setzte sich zum Ziel, der Opfer der politischen Repression in der Sowjetunion zu gedenken. Erster Vorsitzender wurde der Nobelpreisträger Andrei Sacharow, der sich bereits seit den siebziger Jahren für die Menschenrechte eingesetzt hatte.

Mit dem Ende der Sowjetunion brach auch das offizielle Geschichtsbild zusammen. Das 20. Jahrhundert präsentierte sich nicht mehr als marxistisches Fortschrittsnarrativ, in dem die erste sozialistische Gesellschaft von der Oktoberrevolution über die Industrialisierung und den Sieg im «Grossen Vaterländischen Krieg» bis zur Eroberung des Kosmos eilt. Die Gründungsmitglieder von Memorial fassten ihren Eindruck in folgende Worte: «Die Geschichte des Landes ist in Schicksale zerbröckelt. Die Aufgabe von Memorial ist es, diese Körnchen zu sammeln.»

Ein Stein aus Solowki

Als eine der ersten Aktionen stellten Mitglieder von Memorial 1990 einen Gedenkstein aus dem ersten sowjetischen Straflager Solowki auf dem Lubjanka-Platz in Moskau auf. Der zentrale Ort verfügt über eine hohe Symbolkraft, weil sich hier auch das Hauptquartier des Geheimdienstes befindet. In der Mitte des Platzes stand eine Statue des grausamen Gründers der politischen Polizei, Feliks Dzierzynski. Nach dem gescheiterten Augustputsch 1991 wurde das Monument abgeräumt.

Auch in St. Petersburg gab es sehr früh Initiativen für ein Denkmal, das an die Opfer der Repres-

Mittlerweile umfasst die öffentlich zugängliche Datenbank zu den Opfern der kommunistischen Repression über 2,7 Millionen Einträge.

sionen erinnern sollte. 1990 wurde im Stadtzentrum eine provisorische Gedenkplatte eingerichtet, die aber erst zwölf Jahre später ebenfalls um einen Stein aus Solowki ergänzt wurde. Auf dem Fundament wurden die Aufschriften «Den Gefangenen des Gulag», «Den Freiheitskämpfern» und «Den Opfern des kommunistischen Terrors» angebracht.

In diesen Formulierungen spiegelt sich eine wichtige Akzentverschiebung in der Arbeit von Memorial: Während es zunächst nur um die Erinne-

rung an die Opfer ging, wurde nun auch die heldenhafte Auflehnung gegen das sowjetische Unrechtssystem thematisiert – vereinzelt war es zu Aufständen in den Lagern gekommen, so 1923 in Solowki, 1942 in Ust-Usa, 1953 in Workuta und Norilsk, 1954 in Kengir. Sowohl in Moskau als auch in St. Petersburg werden bei den Gedenksteinen einmal im Jahr die Namen der Opfer verlesen.

Die vielleicht wichtigste Tätigkeit von Memorial besteht in der Aufarbeitung des Schicksals der Opfer der Repression. Mittlerweile umfasst die Datenbank, die öffentlich zugänglich ist, über 2,7 Millionen Einträge. Neben den Gulag-Häftlingen rückten auch weitere Opfergruppen in den Blick: Grossbauern, die sich der Kollektivierung widersetzen, Angehörige verschiedener Volksgruppen, die während des Kriegs als Kollaborateure deportiert wurden, Kriegsrückkehrer, die als Verräter galten, Priester und Geistliche, die sich gegen den wissenschaftlichen Atheismus auflehnten.

Angesichts der Fülle von Verbrechen lag es nahe, auch Listen von Tätern zu erstellen. Allerdings lehnte der langjährige Vorsitzende von Memorial, der kürzlich verstorbene Arseni Roginski, ein solches Unterfangen zunächst ab. Er verwies auf die fehlenden rechtlichen Grundlagen. Ausserdem sei es im Stalin-Terror sehr schwierig, einzelne Täter zu identifizieren. Fast alle füllten die Todesurteile in sogenannten Troikas, die im Eiltempo Erschossungsquoten erfüllten. Nicht wenige von ihnen wurden wenig später selbst an die Wand gestellt. Mittlerweile hat Memorial aber eine Datenbank der Kader der Sicherheitsorgane der Jahre 1935 bis 1939 mit über 40 000 Einträgen veröffentlicht. Dabei werden allerdings nur die biografischen Daten und der Dienststrang ausgewiesen.

Die Ortsnamen des Stalin-Terrors kehrten ebenfalls ins öffentliche Bewusstsein zurück. So wurden in Lewaschow bei St. Petersburg etwa 45 000 Menschen hingerichtet, in Butowo bei Mos-

kau 20 000 und in Sandarmoch in Karelien 10 000. Mitglieder von Memorial waren in unterschiedlicher Form bei der Aufarbeitung dieser Verbrechen beteiligt: Sie errichteten Gedenkstätten, stellten Nachforschungen an und publizierten historische Untersuchungen. Besonders engagierte sich der Historiker Juri Dmitriew, der Sandarmoch 1997 entdeckt hatte. 2016 wurde er unter dem Vorwurf der Kinderpornografie festgenommen und zu fünfzehn Jahren Lagerhaft verurteilt. Dmitriew arbeitet seit Jahren an einer Geschichte von 126 000 «entkulakisierten Bauern», die nach Karelien deportiert wurden und dort in Sondersiedlungen leben mussten.

Auch das einzige Museum in Russland, das sich an der Stelle eines ehemaligen Arbeitslagers befindet, geht auf eine Initiative aus dem Umfeld von Memorial zurück. Das Lager Perm-36 wurde 1946 errichtet und diente später als Gefängnis für politische Häftlinge. Erst 1987 wurde es geschlossen. 1995 konnten Besucher die erste restaurierte Baracke besuchen, Ausstellungen und Bildungsprogramme wurden erarbeitet. 2014 wurde die Einrichtung jedoch verstaatlicht und die Konzeption des Museums an das offizielle Geschichtsnarrativ angepasst. Auf sichererem Boden steht ironischerweise ein virtuelles Gulag-Museum, das 2003 auf Initiative von Memorial erstellt wurde und 4000 Exponate vom Alltagsutensil über selbstgemachte Alben bis zu Schmuggelkuverts umfasst.

Historiografische Projekte

Seit 1999 organisiert Memorial Wettbewerbe, bei denen Schüler Aufsätze über das Leben ihrer Familienangehörigen in der Sowjetunion einreichen können. Die besten Texte werden in Sammelbänden veröffentlicht. Einige dieser Publikationen liegen auch auf Deutsch vor. Mit dieser Aktion soll auch die junge Generation für die totalitäre Vergangenheit des Landes sensibilisiert werden. Ausserdem setzt der Schülerwettbewerb mit seiner Geschichte von unten einen Kontrapunkt zum offiziellen Heldennarrativ.

Mit solchen historiografischen Projekten geriet Memorial in eine Gedenkkonkurrenz zum russischen Staat. Im Jahr 2007 veröffentlichte die Gesellschaft mutige «Thesen zu 1937 und zur Gegenwart». Dabei wurde auf eine Reihe ungelöster Probleme verwiesen, die auch siebzig Jahre nach dem Terror bestanden und immer noch bestehen: die Nichtigkeit des menschlichen Lebens vor der Staatsmacht, die gelenkte Rechtsprechung, die Imitation der Demokratie, die Gängelung zivilgesellschaftlicher Organisationen, Konformismus und Zynismus der Intellektuellen.

Der damalige Präsident Medwedew reagierte mit einem Schlingerkurs auf diese geschichtspolitischen Herausforderungen. 2009 rief er eine «Kommission zur Bekämpfung von Geschichtsfälschungen zum Nachteil Russlands» ins Leben, die aber bereits 2012 sang- und klanglos wieder aufgelöst wurde. In einem vielbeachteten Video-Blog vom 30. Oktober 2009 etablierte Medwedew eine vorläufige Sprachregelung: Er erinnerte an die Millionen Toten unter Stalins Terror und beklagte, dass 90 Prozent aller Jugendlichen kein einziges Opfer beim Namen nennen könnten. Er unterstrich, dass keine höhere Staatsräson diese mörderischen Aktionen rechtfertigen könne. Gleichzeitig verwies er aber auf die «Heldentaten des Volks», das den «Grossen Vaterländischen Krieg» gewonnen und die russische Industrie, Wissenschaft und Kultur auf Weltniveau gehoben habe.

Der Präsident weiss mehr

Zu einer regelrechten Geschichtsoffensive setzte Wladimir Putin an, nachdem er 2012 zum dritten Mal ins Präsidentenamt gewählt worden war. Er gründete die finanziell gut ausgestattete Russische Militärhistorische Gesellschaft, die seither das Land mit bronzenen Denkmälern für die Garanten der tausendjährigen russischen Staatlichkeit überzieht. Gleichzeitig begann eine schleichende Rehabilitation Stalins, der von Putin selbst mit westlichen grausamen Nationalhelden wie Napoleon oder Oliver Cromwell verglichen wurde. Schliesslich ist die «Verteidigung der historischen Wahrheit» seit 2020 in der russischen Verfassung verankert.

Zu dieser «historischen Wahrheit» gehört auch eine zunehmend positive Sicht auf die Sowjetunion, die als Grossmacht mit einer hehren Ideologie präsentiert wird. Im Gerichtsverfahren warf die Generalstaatsanwaltschaft Memorial vor, «Lügen über die UdSSR zu verbreiten», sie als «Terrorstaat» zu bezeichnen und «staatliche Organe mit Kritik zu überziehen». In ihrer Erklärung zum Gerichtsurteil hielt die Gesellschaft fest: «In Memorial zeigt sich das Bedürfnis aller Menschen in Russland, die Wahrheit über die tragische Vergangenheit des Landes zu erfahren, über das Schicksal von Millionen Menschen. Dieses Bedürfnis lässt sich nicht per Gerichtsbeschluss «auflösen.»

Ulrich M. Schmid ist Professor für Kultur und Gesellschaft Russlands sowie Prorektor Aussenbeziehungen an der Universität St. Gallen.